

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 43

Köln, den 21. Oktober 1932

33. Jahrg.

Gefühl oder Wirtschaftspolitik?

Der jetzige Reichsernährungsminister hat wiederholt, zuletzt in seiner Münchener Programmrede, darauf hingewiesen, daß Agrarfragen nicht allein mit dem Verstande bearbeitet werden können, sondern zum großen Teil eine Sache der „gefühlsmäßigen Einstellung“ des Menschen zum Grund und Boden sind. Das heißt, daß man wirtschaftlich nicht alles ausschließlich unter dem Blickwinkel von Rentabilität, Lohn und Preis sehen darf, daß daneben noch große andere Werte zu berücksichtigen sind, die zahlenmäßig nicht erfassbar, aber von ungeheurer Bedeutung für das Staats- und Gesellschaftsleben sind. Mit dieser Auffassung findet der Reichsernährungsminister, wenn sie sich nicht auf das Agrarwesen beschränkt, auch in der Arbeiterschaft weitgehende Unterstützung. Seit jeher haben die Arbeiter es am eigenen Leibe zu spüren bekommen: Wohin es führt, wenn alles, sogar die menschliche Arbeitskraft, rein kostenmäßig berechnet, verwandt und ausgeschaltet wird, haben die Vertreter der Arbeiterschaft im Kampfe um die Anerkennung der großen immateriellen, sozialen Werte in vorderster Front gestanden. Sie würden es begrüßen, wenn sie in dem Vertreter der Landwirtschaft eine tatkräftige Unterstützung fänden.

Leider ist damit nicht zu rechnen. Denn der Reichsernährungsminister fordert ausschließlich die gefühlsmäßige Einstellung zum Grund und Boden; seine „gefühlsmäßige Einstellung“ von Mensch zu Mensch spiegelt sich wider in dem Agrar- und Wirtschaftsprogramm, welches die arbeitenden Menschen zu Hunger und Not verurteilt. Es ist eine furchtbare Tragik, daß ausgerechnet eine Reichsregierung, welche ihre christliche Auffassung bei jeder Gelegenheit öffentlich bekunden zu müssen glaubt, einen Kampf gegen die soziale Einstellung von Mensch zu Mensch führt und die gefühlsmäßige Einstellung zum Grund und Boden in das Zentrum ihrer ganzen Wirtschaftspolitik gerückt hat. Nicht anders ist es zu verstehen, wenn in einer Zeit, wo Millionen deutscher Arbeiter mit ihren Familien buchstäblich hungern müssen, dem Volke diktatorisch ein Agrarprogramm aufgezwungen wird, welches den einzigen Zweck verfolgt, den städtischen Konsumenten die Lebenshaltung zu verteuern, den Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfängern die letzte Möglichkeit zu nehmen, sich satt zu essen. Nicht genug damit, daß der Aufbauplan das Lohnniveau auf Elendsätze abbaut, daß der Arbeiterschaft die wichtigsten sozialen Rechte genommen oder zur Wirkungslosigkeit durchlöchert werden: jetzt sollen die Notleidenden der Landwirtschaft, vor allem dem Großgrundbesitz „den Platz an der Sonne“ — wie sich der Reichsernährungsminister in München ausdrückte — wiedergeben. Das Wirtschaftsprogramm und das Agrarprogramm der Reichsregierung stehen sich in ihren Folgerungen wie Feuer und Wasser gegenüber; sie haben „gefühlsmäßig“ nur das eine gemeinsam, daß sie den Kapital- und Bodenbesitzern auf Kosten des Volkes einen künstlichen Auftrieb geben wollen.

Den Interessen der Arbeitgeber folgend hat die Regierung Papen den Versuch gewagt, den Unternehmern durch Milliardensubventionen die letzte Chance zu geben. Mit Recht ging ein Entrüstungssturm durch die Arbeiterschaft, als bekannt wurde, daß die Notverordnung vom 4. September den Unternehmern Steuergeschenke und Lohnprämien, den Arbeitern aber Lohnkürzungen und soziale Verschlechterungen brachte. Auf diesem Wege kann die deutsche Wirtschaft organisch niemals zu einer Belebung kommen; im Gegenteil muß der Kaufkraftrückgang der breiten Massen zu einer weiteren Schrumpfung der Produktion und damit zu einer erheblichen Stei-

gerung der Arbeitslosigkeit führen. Die einzige Chance, die im ganzen „Ankurbelungsplan“ liegt, besteht in der erwarteten Weltkonjunktur. Wenn sich die kapital- und kaufkräftigen Auslandsstaaten von der Krise erholen, dann hätte die deutsche Industrie Aussicht gehabt, durch die Ausfuhrfähigkeit die Verluste des Inlandmarktes wieder einzuholen.

Diese Aussicht ist aber, wie sich aus den weiteren Erörterungen ergibt, durch das Agrarprogramm vollkommen und endgültig verbaut. Dem ganzen Aufbauplan wird nichts anderes übrig bleiben als ein gewaltiger Steuerausfall und eine ungeheure Schuldenlast in den kommenden Jahren. Das läßt sich schon heute feststellen, wenn auch die Reichsregierung die Erfolge ihrer Maßnahmen, die Einstellung von 15 000 Arbeitslosen Tag für Tag in die Welt posaunt, wenn auch die amtlichen Arbeitslosenziffern, weil die „Ausgesteuerten“ nicht mehr erfaßt werden, ständig rückgängig scheinen. Milliarden werden für die Unternehmer und Großgrundbesitzer aufs Spiel gesetzt. Dafür soll die Arbeiterschaft vorläufig weiterhungern und — voraussichtlich — später die Schulden wieder zurückzahlen. Bei dem selbtherrlichen Handeln der Reichsregierung ist es zwecklos, warnend auf die großen Konstruktionsfehler hinzuweisen; wir können uns nur darauf beschränken, den letzten Sinn und Unsinn des sogenannten „Aufbauplanes“ in der eigenen Bewegung lebendig zu machen. Vielleicht, so hoffen wir, ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Gegensätzlichkeiten aus sich heraus einen Umschwung erzwingen, oder wo politische Faktoren auf einen Richtungswechsel drängen. Vorläufig und für absehbare Zeit müssen wir aber damit rechnen, daß diese Art „gefühlsmäßiger Einstellung“ herrschend bleibt und sogar noch zu weiteren Auswüchsen vorstößt. Deshalb ist es notwendig, daß sich ein jeder mit den Grundgedanken der Wirtschaftsmaßnahmen vertraut macht.

Im Mittelpunkt des Agrarprogramms, das der Reichsernährungsminister als zweiten Teil des Wirtschaftsplanes in München bekanntgab, steht das System der Einfuhrkontingentierung. Nach ihm soll die Einfuhr der wichtigsten Lebensmittel auf geringe Prozentsätze des Vorjahres beschränkt werden, um die Preise der landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte (Butter, Fette, Gemüse, Obst usw.) in die Höhe zu treiben. Der städtische Konsument soll also, nachdem er seit Jahren im Preise seines täglichen Brotes den doppelten und dreifachen Weltmarktgetreidepreis hat zahlen müssen, nun auch für seinen übrigen Lebensbedarf, soweit er landwirtschaftlich produziert wird, ein ähnliches Vielfaches der Weltmarktpreise zahlen. Das hat zur Folge, daß der deutsche Arbeiter für seinen Nahrungsbedarf ein Mehrfaches seiner ausländischen Kollegen aufbringen muß, daß er bei gleicher Lohnhöhe weniger für andere Zwecke übrig hat. Das heißt wieder Schrumpfung des Binnenmarktes, andererseits Verschlechterung der deutschen Konkurrenzlage dem Auslande gegenüber. Zwar ist die Wirtschaft weniger daran interessiert, ob der Arbeiter mit seinem Lohn leben und auskommen kann; aber der Arbeiter ist nicht nur Lohnempfänger, also Kostenfaktor, sondern auch Konsument, und zwar der wichtigste Verbraucher. Erfolgt mit der Lohnsenkung gleichzeitig eine erhebliche Preissteigerung für die wichtigsten Lebensmittel, dann müssen die übrigen Wirtschaftszweige, insbesondere Handel und Gewerbe, auf einen großen Teil ihres Absatzes und ihrer Produktion verzichten. Schrumpfung des Binnenmarktes heißt also Rückgang und Steigerung der Arbeitslosigkeit in Handwerk, Industrie und Handel.

Eine weitere Folge der Einfuhrkontingentierung ist der Rück-

gang der deutschen Ausfuhr. Wenn wir unsere Grenzen für ausländische Agrarprodukte sperren, dann werden die betroffenen Länder auch keine deutschen Industrieerzeugnisse abnehmen. Selber handelt es sich bei den von der Kontingentierung betroffenen Staaten um unsere besten Kunden, welche nicht nur Millionen deutscher Arbeiter Arbeit und Brot gaben, welche uns dazu noch einen jährlichen Ausfuhrüberschuß von Hunderten von Millionen Reichsmark einbrachten. Mit der Kontingentierung ist der Außenhandel mit diesen Ländern zum größten Teil in Frage gestellt. „Gegen Deutschland genügen keine moralischen Trümpfe, wir brauchen materielle Drohungen!“ Mit diesen Worten sicherte sich der holländische Arbeitsminister schon vor längerer Zeit die Kammermehrheit für ein Gesetz, das, in der Hauptsache gegen Deutschland gerichtet, der Regierung freie Hand für jede handelspolitische Zwangsmaßnahmen gab.

Es war vorauszu sehen, daß Holland die deutschen Kontingentswünsche ablehnen würde; denn bislang stand Deutschland weit an der Spitze in Hollands Außenhandel. Im vorigen Jahre führten wir für 571 Millionen Reichsmark mehr nach Holland aus, als wir von Holland bezogen. Der Handelskrieg mit Holland ist für die deutsche Wirtschaft zweifellos kein gutes Geschäft. Dänemark steht gegenwärtig ganz unter dem Eindruck der englischen Industrieausstellung, die, vom englischen Thronfolger eröffnet, unter der Parole: „Kauft bei unseren Kunden; kauft englische Waren“ hauptsächlich gegen den bisherigen Hauptlieferanten, gegen Deutschland gerichtet ist. Die Verärgerung über die deutsche Agrarpolitik hat sich in Dänemark schon dahin ausgewirkt, daß der englische Anteil an der dänischen Einfuhr im Laufe des letzten Jahres von 14 auf 25 Prozent gestiegen ist, während gleichzeitig der deutsche Anteil von 28 auf 14 Prozent sank. Mit dem Aushandeln der Kontingente werden sich die Schwierigkeiten vervielfachen; das ist ersichtlich aus der Devisenblockade Italiens, die ihre Wirkungen nicht verfehlen wird.

Rechnerisch kommt das Risiko der Einfuhrkontingentierung in folgenden Zahlen zum Ausdruck: Die Einfuhr der Agrarprodukte, die jetzt der Kontingentierung unterzogen werden sollen, stellte sich im Jahre 1931 auf 729 Millionen Reichsmark, im ersten Halbjahr 1932 auf 216 Millionen Reichsmark. Die deutsche Ausfuhr in die dadurch betroffenen Länder belief sich im Jahre 1931 auf 4,5 Milliarden Reichsmark. Um also eine sowieso schon sinkende Einfuhr von 500 Millionen um vielleicht 200 bis 300 Millionen Reichsmark vermindern zu können, gefährdet Deutschland einen erheblichen Teil seiner Ausfuhr von 4½ Milliarden Reichsmark. Millionen deutscher Arbeitskräfte werden dadurch arbeitslos, Hunderte von Millionen wird das deutsche Volkseinkommen zurückgehen.

Darin liegt der Widersinn der Kontingentierung, daß sie der Landwirtschaft niemals aus ihrer Not helfen kann, unbedingt aber zu einer katastrophalen Schädigung von Industrie, Handel und Gewerbe führen muß. Wenn sich die Landwirtschaft von der Absperrung eine Preiserhöhung der Veredelungsprodukte verspricht, so befindet sie sich in einem gewaltigen Irrtum. Die Folgen des Ausfuhrrückganges reichen allein aus, um den Konsum der landwirtschaftlichen Edelerzeugnisse so zu vermindern, daß die Landwirtschaft Mühe haben wird, die Produktion zu den bestehenden Preisen abzusetzen. Den Brotkorb konnte man durch eine unsinnige Zollpolitik höher hängen; das Volk muß immer danach greifen, weil es sich hier um ein unentbehrliches Nahrungsmittel handelt. Anders aber ist es beim Fleisch-, Butter-, Gemüse- oder Obstkorb. Auf diese Dinge kann man in weitem Maße verzichten oder sie durch andere Produkte ersetzen. Für die Arbeiterschaft waren die landwirtschaftlichen Edelerzeugnisse schon lange eine luxuriöse Seltenheit. Nach den Lohnkürzungen und den Folgen der Kontingentierung werden sie aus dem Arbeiterhaushalt ganz verschwinden, verschwinden müssen, weil sie auch zu herabgesetzten Preisen nicht bezahlt werden könnten.

Deshalb müssen die Erwartungen der Landwirtschaft unerfüllt bleiben. Mit Recht sagte der Reichskanzler von Papen in Münster: „Ihr (das heißt der Landwirtschaft) Schicksal ist vielmehr mit dem der gesamten deutschen Wirtschaft unzertrennbar verbunden, und nur von einer Belebung der gesamten Wirtschaft kann eine dauernde und wirkungsvolle Belebung der Gesamtwirtschaft kommen.“ Die Besserung der Gesamtwirtschaft ist nach diesen Worten also die Voraussetzung für die Belebung der Landwirtschaft. Es ist unverständlich, wie sich der Reichskanzler so schnell umstellen und dadurch seinen ganzen Wirtschaftsplan wirkungslos machen konnte. Solange es in Deutschland Millionen Arbeitslose gibt, denen das Notwendigste zum Leben fehlt, solange weitere Millionen Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende sich in allem aufs äußerste einschränken müssen, solange kann die Landwirtschaft nicht aus ihrer

Not herauskommen. Erst müssen die Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte wieder zu Einkommen kommen, dann wird sich die Lage der Landwirtschaft von selbst bessern. Der umgekehrte Weg, der mit dem Agrarprogramm beschritten wurde, bringt der Landwirtschaft neues und größeres Elend, stellt Industrie und Gewerbe vor die Existenzfrage und trägt dazu bei, daß die Arbeitslosigkeit und die Armut in Deutschland verewigt werden.

Wohl nicht ohne Grund sprach der Reichsernährungsminister in München davon, daß es sich bislang nur um den Anfang der agrarpolitischen Umstellung handeln könne. Es ist damit zu rechnen, daß schon bald eine Verschärfung kommt. Es wird so gehen wie in der Zollpolitik: wenn der Anfang gemacht ist, gibt es kein Halten mehr; der Appetit kommt beim Essen. Daß der Appetit der Landwirtschaft noch ungeheuer groß ist, hat soeben wieder Graf Kalkreuth, der Präsident des Landbundes, bewiesen. In einer Rede in Hildburghausen sprach er von Halbheiten und forderte eine Erweiterung des Kontingentsystems und dazu die Besteuerung der Margarine. So wird die deutsche Wirtschaft in den kommenden Monaten durch die Agrar- und Handelspolitik in einen neuen Kreislauf der Einkommensvernichtung hineintreiben, in einen Kreislauf, aus dem ein Entweichen nicht mehr möglich scheint. Vergeblich hat die Arbeiterschaft die Regierungen und sonstigen zuständigen Stellen gewarnt, hat sie darauf hingewiesen, daß die Steigerung der Not auch einmal eine Grenze hat. Es scheint, daß diese Tatsache zu spät erkannt wird. Wer es gut meint mit der Landwirtschaft und der Gesamtwirtschaft, der rückt von dem Agrar- und Wirtschaftsprogramm meilenweit ab.

St.

Die Not zu Gast.

Alle Erwerbsstände unterstreichen bei jeder Gelegenheit die große Notlage, unter der sie leiden, und fordern Abhilfe. Willfährig macht sich die Tagespresse zum Dolmetsch solcher Klagen und Forderungen und hämmert der öffentlichen Meinung mit Riesenlettern und Balkenüberschriften ein, daß die Landwirtschaft, der Mittelstand, das Handwerk, die freien Berufe, die Künstler und Akademiker und wer sonst noch vor dem Ruin stehen und der Staat helfend eingreifen müsse. Von der Not der breiten Masse, von dem Elend in Arbeiterkreisen vernimmt die Öffentlichkeit kaum etwas.

Es war daher notwendig, daß der Gesamtverband den verantwortlichen Stellen der Reichsregierung einmal zum Bewußtsein brachte, daß Not nicht nur in den gehobenen Schichten des Volkes anzutreffen, sondern in viel größerem Maße unten, bei der Arbeiterschaft vorhanden ist. In einer Denkschrift, die der Regierung zugeleitet und jetzt im Druck erschienen ist, wird eine Darstellung der herrschenden Not und der Ursachen, die zu einer fühlbaren Verschärfung derselben beigetragen haben, gegeben und dringend Abhilfe gefordert. Zur Illustration und Bekräftigung der Darlegungen sind der Denkschrift einhundert Einzelfälle namentlich beigefügt, aus denen wir folgende wiedergeben:

Wilhelm Gehrig in Hoffenheim, Amt Sinsheim (Baden), hat eine Familie von sieben Köpfen, darunter vier Kinder unter 14 Jahren. Die drei Erwachsenen sind alle arbeitslos. Alle drei erhielten bisher Unterstützung. Letztere wurde für den Mann auf 4,—, die Frau auf 3,— und den Sohn auf 3,— RM gekürzt. Insgesamt also 10,— RM Unterstützung die Woche. Durch Verhandlungen unseres Verbandsvertreters wurde die Unterstützung für den Mann auf 9,— RM erhöht. Die Familie von sieben Köpfen erhält jetzt also 15,— RM die Woche. Es ist ein eigenes Häuschen im Steuerwert von 2400 RM und etwa 25 Ar Land vorhanden.

Johannes Hübner, Heiligenstadt. Frau dauernd krank und arbeitsunfähig. Bekommt monatlich 26,30 RM Rente. Mann bekommt wöchentlich 4,30 RM Unterstützung. An Miete sind zu bezahlen monatlich 28,— RM, für Krankenkasse 3,50 RM, Lichtgeld 1,— RM, Sterbehilfe, Zeitung und kleine, unbedingt notwendige Ausgaben monatlich 3,50 RM. Zum nackten Lebensunterhalt für die beiden bleiben monatlich 8,93 RM. Die Rechnung wurde vom Wohlfahrtsamt geprüft, für richtig anerkannt, aber ein Mietszuschuß oder eine Erhöhung des Richtsatzes von der Entscheidung der Einspruchsstelle abhängig gemacht. Einspruch läuft noch.

Ernst Münchbach und Frau in Ettenheim wurde die Unterstützung entzogen, weil der Außenbeamte des Landesarbeitsamts der Meinung ist, daß Münchbach im Betriebe der Pflegemutter seiner Frau beschäftigt und ernährt werden kann. Münchbach hat zwei Kinder unter 14 Jahren. Er hat keinen Rechtsanspruch an die Pflegemutter. Im vergangenen Jahre haben Münchbach und seine Frau

Unterstützung erhalten. Die nach der Notverordnung erhaltene Unterstützung soll Mühlbach zurückzahlen.

Karl Brendt, Essen-Steele, Hellwegstr. 25, bezog bis zum 10. Juli d. J. eine wöchentliche Arbeitslosenunterstützung von 15,30 RM. Ab 10. August d. J. wird eine Krisenunterstützung von 3,90 RM wöchentlich gewährt. Brendt ist alleinstehend und soll von diesem Satz Miete, Beköstigung und Kleidung bestreiten.

Mag Winkler, Glaschleifer, Altheide-Bad, Gasthaus zur Hütte, erhielt Arbeitslosenunterstützung nach der Klasse VIII mit drei Zuschlägen = 19,43 RM; erhält jetzt 12,— RM. Kürzung beträgt 38 v. H.

Anton Brand, Papenburg, Bethl. rechts 25, erhält an Unterstützung (Krisenunterstützung) 14,40 RM, vor der Notverordnung erhielt er 21,45 RM. Seine Familie ist neun Personen stark, drei Kinder unter 14 Jahren. Ein erwachsener Sohn erwerbslos ohne Unterstützung, zwei erwachsene Mädchen, beide erwerbslos, ohne Unterstützung, ein 17jähriger Lehrling, ebenfalls erwerbslos; wegen Stilllegung des Betriebes kann die Lehrzeit nicht beendet werden. Diese Unterstützung ergibt je Person und Tag einen Betrag von 22 Rpf für den Lebensunterhalt.

Der Fabrikarbeiter Josef Maier in Ampfing stellte nach eingetretener Arbeitslosigkeit Antrag auf Unterstützung. Die Gemeinde Ampfing bejaht die Hilfsbedürftigkeit, das Arbeitsamt Mühlendorf lehnt dieselbe ab.

Maier ist seit sechs Jahren in dem bayerischen Aluminiumwerk in Töging beschäftigt. Er muß täglich, Sommer wie Winter, von und zur Arbeitsstelle 35 Kilometer mit dem Rad zurücklegen. Durch größte Sparsamkeit erwarb sich Maier ein kleines Anwesen mit 2¼ Hektar Wiesengrund, das ihm die Haltung von drei Kühen ermöglichte.

Das Anwesen mit dem gesamten Besitzstand ist amtlich auf 4000,— RM veranschlagt. Sein Schuldenstand beträgt laut Auszug des Finanzamtes ebenfalls 4000,— RM. Maier hat außer seiner Frau noch zwei Kinder und ist ohne jedes Einkommen. Das Arbeitsamt Mühlendorf stützt sich auf die Richtlinien des Landesarbeitsamtes und verweigert die Unterstützung.

Hier sind nur wenige Beispiele wiedergegeben, die nicht einmal die schlimmsten Fälle von Hilfsbedürftigkeit darstellen. Sie sind aber sicher so verzweifelt gelagert, daß daraus ohne weiteres gefolgert werden kann, daß die Betroffenen allen Lebensmut verlieren müssen und am Ende nur noch die Verzweiflung übrigbleibt. Die Textilarbeiter haben eine ähnliche Erhebung über die Elendslage ihrer Menschen durchgeführt und berichten über erschütternde Tatsachen. In Bauarbeiterkreisen sieht es nicht anders aus, und bei den holzgewerblichen Arbeitern, die nächst den Bauarbeitern am härtesten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, sind uns aus eigener Anschauung gleichgelagerte und noch schlimmere Fälle von Not und Elend bekannt. Die Forderung nach Abhilfe ist so berechtigt und dringlich, wie nur eine. Es muß etwas geschehen, dieser Not zu steuern, wenn nicht für Staat und Volk die Folgen katastrophal werden sollen.

Boshaft oder beschränkt.

Die Haltung der Tagespresse gegenüber der Elendslage der Arbeiterschaft haben wir in den einleitenden Bemerkungen des vorhergehenden Artikels kurz angedeutet. Ist es schon eine Sünde wider den Heiligen Geist einer gewissenhaften Berichterstattung, geflissentlich die in der Arbeiterschaft herrschende Not zu übersehen, dann fehlt ein treffender Ausdruck, wenn sich Zeitungen herbeilassen, diese Not offen oder versteckt mit Hohn und Spott zu übergehen. Man kann nur annehmen, daß der verantwortlichen Schriftleitung solcher Blätter, das Verständnis für ihre Aufgabe und das Bewußtsein ihrer eigenen Unzulänglichkeit fehlt. Bei anderen Blättern aber ist anzunehmen, daß derartige Veröffentlichungen nicht ohne Absicht erfolgen. Schlußfolgerungen auf Charakter und Tendenz solcher Zeitungen zu ziehen ist nicht schwer.

Die Berliner Börsenzeitung, deren ebenso papenfreundliche wie antisoziale Haltung satzungsbekannt ist, veröffentlichte in Nr. 421 einen Artikel „Das muß doch sein!“ von Margarete Schnitzker, der nicht unwidersprochen bleiben darf. Scheinbar will man jetzt auch „unterm Strich“, also mehr „feuilletonistisch aufgeblasen“, für den sozialen und wirtschaftlichen Abbau Stimmung machen, denn anders ist die ungehörige Verdächtigung weitester Volkskreise, die aus den Ausführungen der Verfasserin spricht, nicht zu erklären. Ihr hat es — der Lebensstandard des deutschen Volkes angetan, den sie

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 16. bis 22. Oktober ist der 43. Wochenbeitrag fällig.

Einsenden der bis Jahreschluß vollgeklebten Mitgliedsbücher.

Alle Mitgliedsbücher, die bis zum Jahreschluß vollgeklebt sind, sind ab September in folgender Reihenfolge zum Umtausch nach Köln einzusenden. Aus dem

Gau Frankfurt vom 15. bis 31. Oktober,
Gau Düsseldorf vom 1. bis 15. November,
Gau Bochum vom 15. bis 30. November,
Gau Hannover und Bremen vom 1. bis 15. Dezember,
Gau Berlin und Sachsen vom 15. bis 31. Dezember,
Gau Danzig und Breslau vom 1. bis 15. Januar 1933.

Die Zahlstellenverwaltungen werden gebeten, die Mitgliedsbücher rechtzeitig einzusammeln und nach Köln zu senden, damit der Umtausch in den angegebenen Zeiträumen erfolgen kann.

offensichtlich aus einer Perspektive erblickt, die vielleicht sie, aber nicht das so leichtfertig zitierte deutsche Volk angeht. Dem Schiebertum und anderem meint sie, daß es „in gewisser Weise von jedem Menschen Besitz genommen habe“; oder an einer anderen Stelle: „Es mußte auch sein, daß jedes weibliche Wesen in Deutschland, das etwas auf sich hielt, einen Pelzmantel besaß.“ „Bei Einsegnungen, Hochzeiten, Kindtaufen wurden 30 bis 40 Personen eingeladen und im Übermaß bewirtet.“ „Wo gab es noch einen Menschen, der, wenn er nicht der allgemeinen Verachtung anheimfallen wollte, nicht ein Auto besitzen mußte?“

Hat die Dame eine Ahnung, wie es um den Lebensstandard des deutschen Volkes, dessen allergrößter Teil aus Arbeitern besteht, heute bestellt ist. Dem Schiebertum, „das von jedem Menschen Besitz genommen hat“, zu sprechen, ist angesichts der Millionenzahl von Arbeitslosen, Kriegs- und Sozialrentnern und Wohlfahrtsunterstützten doch mindestens unverfroren. Oder sollte sich das nur auf die Kreise beziehen, die der Börse und der Börsenzeitung nahestehe? So ist es sicher nicht gemeint. Denn schaut weiter zu, dann kann man lesen, daß „dieselben Menschen, die früher in ihren bescheidenen Verhältnissen kreuzfidel und glücklich waren, sich als Opfer göttlicher Ungerechtigkeit fühlen, weil sie von ihrem Ausflug in eine vorgetäuschte Wohlhabenheit wieder da landen, wo sie aufgestiegen sind.“ Man merkt unschwer die Absicht und wird verstimmt. Denn erstens stimmt es ja gar nicht, daß sich die Mehrzahl unserer Volksgenossen in den Jahren nach dem Kriege je auch nur annähernd das luxuriöse Leben hat leisten können, von dem in der Börsenzeitung weitschweifig und mit gar zu durchsichtiger Tendenz erzählt wird. Mädchen und Frauen, Angestellte, Lehrerinnen, Verkäuferinnen usw., die sich von ihrem schwächtigen Gehalt zwar ein paar billige Fähnchen, aber keinen Pelzmantel kaufen können und „doch etwas auf sich halten“, ja sogar so und so oft einzige Ernährerinnen ihrer Familien sind, leiden seit Jahr und Tag unter dem Millionen-schicksal der Arbeitslosigkeit. Und es ist auch gar nicht wahr, daß „der Milchhändler an der nächsten Straßenecke eine Nordlandreise machte und der Klempner nach Tirol fuhr“. Gewiß, der Deutsche reist gern und sieht sich in der Welt um, das hat er aber vor dem Kriege (als man diese Eigenschaft als eine Nationaltugend pries), vielfach in noch stärkerem Ausmaß getan als heute. Wer nach dem Kriege den Deutschen auf Reisen gesehen hat, besonders die Jugend, der weiß jedenfalls, daß er sich — abgesehen von Ausnahmen, die aber nicht in den Kreisen zu suchen sind, die die Verfasserin treffen möchte! — in sehr bescheidenem Rahmen bewegt hat.

Artikel wie der von Margarete Schnitzker, die in einem Blatt wie die Börsenzeitung sehr nach „bestellter Arbeit“ aussehen, sind leider geeignet, den sozialen Haß zwischen den Gesellschaftsklassen weiter zu schüren; sie helfen nicht im geringsten, weil sie von grundverkehrten Voraussetzungen ausgehen. Eine dieser verkehrten Voraussetzungen mag hier kurz gestreift werden. „Kritiker“, wie die in der Börsenzeitung, verschweigen bei ihren Lebensstandard-Erörterungen immer wieder, daß eine gewisse Steigerung des Lebensstandards ja überhaupt notwendige Folge und gleichzeitig auch Voraussetzung unseres modernen Wirtschaftsbetriebes ist. Das ist doch gerade bekanntermaßen ein wesentlicher Bestandteil unserer Krise, daß bei den heutigen schlechten Einkommensverhältnissen nicht genug gekauft, nicht genug ausgegeben werden kann. Unser Produktionsapparat ist für einen großen Konsum berechnet und auf

ihn eingestellt; fehlt, wie heute, der Absatz, dann ist er lahmgelegt. Drum wiederholt man schließlich nur eine Binsenwahrheit, wenn man dem Gerede von der Senkung des „übertriebenen Lebensstandards“ seine wirtschaftlich notwendige Steigerung entgegenhält.

Wir wehren uns gegen die kritisierten Tendenzen und dienen durch unsere Arbeit, die die ideale und materielle Hebung der breitesten Volksschichten zum Ziele hat, mehr der Wohlfahrt des Ganzen, als Schreiberseelen, die das Volk nur aus einer falschen Perspektive sehen und glauben, jetzt ihrer Bosheit die Zügel schließen lassen zu dürfen, oder beschränkt sind.

Lohn- und Tarifbewegung.

Holzgewerbe im Rheingebiet. Der Arbeitgeberverband für die Holzindustrie und das Holzgewerbe im Rheingebiet kündigte das am 13. Juli d. J. abgeschlossene Lohnabkommen zum nächstzulässigen Termin; das ist der 30. November d. J. Es wird die Anpassung der Löhne im Holzgewerbe an die Löhne in der Metall- und Textilindustrie gefordert. Eine eigene Tarifpolitik zu treiben und die Löhne so festzusetzen, wie sie für die Holzindustrie und das Holzgewerbe zweckmäßig sind, dazu scheint man nicht mehr in der Lage zu sein. Was man beim Arbeitgeberverband unter „Löhnen der Metallindustrie“ versteht, ist nicht näher bezeichnet. Heizungsindustrie, Elektriker-, Klempner- und Installationsgewerbe gehören auch zur Metallindustrie, und wenn man beim Arbeitgeberverband die in diesen Branchen gezahlten Löhne meint, würden dem Abschluß eines neuen Lohnabkommens keine großen Hindernisse entgegenstehen. Auch in einzelnen Branchen der Textilindustrie werden Löhne verdient, die sich mit den Löhnen der Holzindustrie messen können. Ist es aber nicht doch ein Armutszeugnis, wenn ein Arbeitgeberverband einer großen und wichtigen Industrie keine eigene Meinung mehr in der Lohnbildung hat?

Rundschau.

Südwestdeutsche Holz-Berufsgenossenschaft. Nach dem Verwaltungsbericht der Südwestdeutschen Holz-Berufsgenossenschaft Stuttgart (Bezirk der Genossenschaft Sektion I mit dem Sitz in Stuttgart: Baden, Württemberg und die Hohenzollernschen Lande, Sektion II mit dem Sitz in Mainz: Hessen, für 1931 war der Bestand der Genossenschaft am 1. Januar 1931 16 030 Betriebe. Im Laufe des Berichtsjahres kamen neu hinzu 647 Betriebe. Die Versicherungspflicht erlosch bei 383 Betrieben, so daß am 31. Dezember 1931 insgesamt 16 292 Betriebe versichert waren. Die Zahl der Versicherten betrug 78 485, die Lohnsumme 81,95 Millionen Reichsmark. Unfälle wurden im Jahre 1931 angemeldet insgesamt 5815 gegen 8084 im Vorjahr; als entschädigungspflichtig anerkannt wurden 582 gegen 575 im Vorjahr. Die Entschädigungszahlungen beliefen sich auf insgesamt 1 397 465 RM, darunter Renten an Verletzte und Erkrankte 1 075 628 (1930: 1 010 419) RM.

Ein Wohlfahrtsamt vermittelt Arbeit. In Dalhausen, Krs. Högter, war bis vor einigen Jahren eine blühende Korbindustrie. Auch dort hat die Wirtschaftskrise tiefe Wunden geschlagen. Da ein großer Teil der Korbarbeiter nichtversicherungspflichtige Beschäftigung verrichtete, andere sich nicht um ihre Versicherungspflicht gekümmert haben, sind in den letzten Jahren viele Arbeiter, welche als Heimarbeiter tätig waren, der Wohlfahrtsunterstützung anheimgefallen. Von den verschiedensten Seiten wurden Anstrengungen gemacht, diese Arbeiter in Arbeit zu bringen. Zum Teil ist das dadurch gelungen, daß die Korbhändler es verstanden haben, Arbeitsaufträge zu Herstellungspreisen unterzubringen, bei denen das Salz in der Suppe nicht verdient werden kann.

Auf Anweisung des Kreiswohlfahrtsamtes Beverungen wurde jüngst auf neue Art in Arbeitsvermittlung gemacht. Es wurde den Wohlfahrtsempfängern am 1. September folgendes schriftlich mitgeteilt:

„Die Ihnen bislang gezahlte Wohlfahrtsunterstützung wird ab Sonnabend, den 10. September 1932, eingestellt. Sie haben die Möglichkeit, durch Erbsenlesen für die Firma Kornacker in Wehrden den Lebensunterhalt ihrer Familie zu verdienen. Sie wollen sich zur weiteren Orientierung bei Frau Wilh. Anke in Dalhausen melden, welche alles Weitere dann mit der Firma Kornacker regelt. Einspruchsfrist innerhalb 2 Wochen.“

Das Wohlfahrtsamt hatte sich keineswegs über die Höhe des verlangten Tagesquantums orientiert, sondern angewiesen, daß jeder

männliche Unterstützungsempfänger pro Tag 1 Zentner, die Ehefrau $\frac{1}{2}$ Zentner und Kinder $\frac{1}{4}$ Zentner zu lesen hätten. Für pro Zentner solle 1,— RM gezahlt werden.

Als die Unmöglichkeit, 1 Zentner pro Tag zu lesen, feststand, ergab sich natürlich entsprechender Widerstand. Man machte im Landratsamt „Leseprobe“, und schon hatte man entdeckt, daß im günstigsten Falle nur die Hälfte des Pensums möglich war. Inzwischen war natürlich die Erbitterung unter den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern aufs höchste gestiegen. Die Firma Kornacker hat dann auch eingesehen, daß zu diesen Löhnen ihre Erbsen nicht so gelesen werden, wie es für sie wünschenswert ist, und will keine Erbsen mehr nach dort geben.

Eine besondere Lehre ergibt sich für die Dalhäuser Korbmacher aus diesen Vorgängen. Keine radikale Partei oder sonstige Gruppen werden ihnen das Recht auf materielle Existenz erkämpfen. In Frage kommt dafür allein die Gewerkschaftsbewegung. Etwa 30 Leute haben inzwischen den Weg in der Not zu unserem Zentralverband gefunden. Hoffentlich ist der Tag nicht mehr fern, wo der letzte Arbeiter in Dalhausen organisiert ist. Hier trifft das Sprichwort zu: „Durch Schaden wird man klug“. Ein Schulbeispiel für andere.

E. C.

Rechenfehler. Irren ist menschlich! Oft aber werden Irrtümer aus Berechnung begangen. So geht es scheinbar den Autarkieschwarmgeistern. Zur Aufklärung darum folgender Hinweis:

Äpfel sollen gesünder sein als Bananen. Man streitet darum. Teurer sind sie leider, leider fast immer. Nun wird die Bananeneinfuhr gedrosselt werden. Es sollen nicht mehr wie bisher 220 Millionen Pfund für 42 Millionen Reichsmark eingeführt werden. Jeder wird nun glauben, es könnten durch Einfuhrsperre beinahe 40 Millionen Reichsmark mehr als bisher im Lande festgehalten werden. Irrtum! In der Summe sind enthalten: Frachten, Versicherung, Entladekosten im Hafen und deutsche Importeurverdienste. Von den Frachten leben deutsche Handelschiffe, die deutsche Exportgüter hinaus- und als Rückfracht Bananen hereinbringen. Die Deutsche Reichsbahn besorgt ihren innerdeutschen Transport mit rund 16 000 Güterwagen jährlich. Frachttarife! Also rollendes deutsches Geld von deutscher Hand in deutsche Hand. Der Fachhandel berechnet, daß durchschnittlich nur 20 Prozent der im Kleinhandel eingenommenen Summen ins Ausland gehen. Wenn eine Banane 10 Pfennig kostete, wären das nur 2 Pfennig. Die restlichen 8 Pfennig sind Geldumlauf in deutscher Wirtschaft. — Man sieht: die Kontingentierung will mit dem Rechenstift geprüft sein, sonst täuscht man sich beträchtlich über ihre Wirkung.

Berichte aus den Zahlstellen.

Mannheim. Unsere Mitgliederversammlung am 17. September hatte einen äußerst guten Besuch aufzuweisen. Der Versammlungsraum war bis auf den letzten Platz gefüllt. Zur Tagesordnung stand das Thema: Der Anschlag gegen die deutsche Arbeiterschaft in der Notverordnung der Junker. Als Referenten hatten wir den Kollegen Stadtrat Kuhn gewonnen, der in klarer Ausführung über die Ankurbelungsverordnung berichtete. Treffend legte er klar, daß diese letzten Notverordnungen ungeheuerliche einseitige Belastungen der Arbeiterschaft gebracht haben. Die unsozialen und ungerechten Eingriffe in die sozialen Versicherungseinrichtungen und die Tarifverträge sowie die Steuergeschenke an die Unternehmer seien lediglich dazu angetan, die Arbeiterschaft rebellisch zu machen. Es sei jetzt keine Zeit mehr zu verlieren, die Arbeiterschaft müsse sich endlich ihrer Rechte und ihrer Kraft in Staat und Wirtschaft bewußt werden. Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß sich die Arbeiterschaft wieder auf die Stärke ihrer Organisation besinnen müsse. Die eingetretene Lauheit und überschätzte Parteipolitik habe schon bittere Folgen gezeitigt. Über einen geplanten Pokierkurs für jugendliche Mitglieder berichtete am Schluß der Versammlung der Vorsitzende.

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.
E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich bei Frau, Benloer Wall 4, Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionschluss im Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von RM. 1,— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Bonn.